ippnw information

information der ippnw
internationale ärzt*innen
für die verhütung des
atomkrieges – ärzt*innen
in sozialer verantwortung

Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland

Am 10. Juli 2024 haben die Regierungen der USA und Deutschlands am Rande des NATO-Gipfels in Washington in einer bilateralen Erklärung angekündigt, ab 2026 weitreichende landgestützte US-Waffensysteme in Deutschland zu stationieren.[1] Diese Waffen können auch mit den vorgesehenen konventionellen Sprengköpfen eine hohe Sprengkraft entfalten und mit minimalen Vorwarnzeiten ihre Ziele weit in Russland treffen.



Das gemeinsame Statement von nur vier Sätzen nennt drei Waffensysteme:

Raketen vom Typ Standard Missile (SM)-6: Sie dienen in der Regel der Luft-/ Raketenabwehr und sind lenkbar. Die moderne Version, die in Deutschland stationiert werden soll, ist jedoch für den Einsatz gegen Ziele am Boden umgerüstet. Sie fliegt mit über fünffacher Schallgeschwindigkeit, die mutmaßliche Reichweite wird mit 1.600 Kilometern angegeben.[2]

Landgestützte Marschflugkörper des Typ Tomahawk: Sie sind „Land-Attack Cruise Missiles“, die sich zur Bekämpfung von Landzielen eignen und tief in gegnerisches Territorium eindringen können, um Bunker, Radaranlagen, Raketensilos oder Kommandoposten zu zerstören. Die Reichweite der bodengestützten Tomahawks wird mit 1.700 – 2.500 Kilometern angegeben.[3]

Die Hyperschallwaffe Dark Eagle: Sie befindet sich nach dem Wortlaut der bilateralen Erklärung „derzeit in der Entwicklung“. Im Juni 2024 gab das US-Verteidigungsministerium einen vollständigen Flugtest eines Hyperschallflugkörpers bekannt, die Armee würde einen weiteren großen Test von Hyperschall-Langstreckenwaffen bis Ende 2024 planen, um zu entscheiden, ob die erste Einheit damit ausgerüstet werden solle oder nicht.[4] Die Standardversion hat eine Reichweite von ca. 2.800 Kilometern. Der Start erfolgt mit einer Rakete („Rocket Booster“), die einen antriebslosen Gleitkörper freisetzt, der das Ziel mit Hyperschallgeschwindigkeit auf variabler Flugbahn ansteuert und beim Einschlag eine enorme Zerstörungswirkung entfaltet. Die Geschwindigkeit wird von der US-Armee mit 3.800 Meilen pro Stunde angegeben, das sind über 6.100 Stundenkilometer.

Die USA werden die neuen Waffensysteme im Rahmen ihrer „Multi-Domain Task Force“ (MDTF) in Deutschland stationieren, gemäß der bilateralen Erklärung zunächst zeitweilig ab 2026, „als Teil der Planung zu deren künfti-

1 bundesregierung.de/resource/blob/975226/2298418/3505cf65b-ba4144bfb2c076c953b2d05/2024-07-10-gemeinsame-erklaerung-usa-ger-nato-gipfel-data.pdf

2 swp-berlin.org/10.18449/2024A36/

3 library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/21371.pdf

4 crsreports.congress.gov/product/pdf/IF/IF11991



PROTEST GEGEN DIE GEPLANTE STATIONIERUNG VON MITTELSTRECKENRAKETEN. BERLIN, 3. 10. 2024

ger dauerhafter Stationierung“. Wie viele dieser Waffen kommen und wo genau sie stationiert werden, ist noch nicht bekannt.

Ernstzunehmende „Fähigkeitslücke“?

Die Bundesregierung spricht von einer „Fähigkeitslücke der Europäer“, die zu schließen sei.[5] Russland besitzt tatsächlich ein breites Spektrum von Kurz- und Mittelstreckenraketen, Hyperschallwaffen und Marschflugkörpern.[6] Die militärischen Gleichgewichte erweisen sich bei genauer Betrachtung als komplex. Asymmetrien sind zu berücksichtigen: US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa zielen auf Moskau, russische Raketen zielen auf Westeuropa, nicht auf Washington. Nach Expertenmeinung sind die Luft- und Seestreitkräfte der NATO denen Russlands überlegen, die Behauptung einer „Fähigkeitslücke“ überzeugt nicht.[7]

Die Atomkriegsgefahr steigt – auch bei konventionellen Erstschlagwaffen

Die in der bilateralen Erklärung angekündigte Stationierung sieht Waffen mit konventionellen Sprengköpfen vor. Aber auch, wenn es derzeit keinen Plan dazu gibt, ist eine zukünftige atomare Bewaffnung grundsätzlich denkbar.

Die Stationierung würde uns auch bei konventioneller, also nicht atomarer Bewaffnung zurück in die brandgefährliche Situation von 1983 bringen. Schon damals wurden Raketen in Deutschland stationiert, die innerhalb von einigen Minuten Moskau erreichen konnten, sowie zielgenaue Marschflugkörper, die so niedrig fliegen, dass sie nur schwer vom gegnerischen Radar erfasst werden können. Wegen dieser technischen Eigenschaften, insbesondere der kurzen Vorwarnzeit der Raketen, wäre es Russland kaum möglich, einen Angriff abzuwehren. Aus russischer Sicht geht es um die Gefahr eines Überraschungsangriffs, und eines sogenannten Enthauptungsschlages, mit dem die Führungsspitze einer Regierung ausgeschaltet werden kann.[8] Je kürzer die Vorwarnzeiten der in Deutschland stationierten Raketen und Hyperschallwaffen, desto stärker wird der Anreiz für den potenziellen Gegner, diese Waffen vorbeugend anzugreifen. Solche präemptiven Schläge gegen Deutschland wären denkbar, wenn die russische Regierung zu der Einschätzung kommen sollte, dass die neuen Waffensysteme in der Lage wären, die eigenen nuklearen Fähigkeiten zu bedrohen.[9]

Die Ankündigung der neuen Waffensysteme ist ein weiterer Schritt im Rüstungswettlauf und erhöht das Risiko eines Atomkrieges. Russland könnte im Kriegsfall nuklear eskalieren, wenn mit den Tomahawk-Marschflugkörpern oder Dark-Eagle-Hyperschallwaffen tief in russischem Staatsgebiet nukleare Infrastruktur oder Teile des russischen Atomwaffenarsenals angegriffen würden oder auch nur ein entsprechender Verdacht besteht. Damit entsteht erneut das aus dem Kalten Krieg bekannte Szenario eines europäischen Atomkrieges.

Außerdem steigt die Gefahr, dass es aus Versehen zu einem Atomkrieg kommt, durch Fehlalarm, Unfall, techni-

5 bundeswehr.de/de/aktuelles/meldungen/stationierung-us-marschflugkoerpern-deutschland

6 taz.de/Mittelstreckenwaffen-in-Deutschland/!6020300

7 library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/21371.pdf und jungewelt.de/artikel/480804.us-raketen-in-deutschland-maulkorb-f%C3%BCrs-parlament.html

8 imi-online.de/2024/07/11/das-ist-lange-her-dass-es-das-gab/

9 ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/alles-nur-routine-7655/

sche Fehler oder Missverständnisse. Die angekündigten US-Hyperschallwaffen vom Typ Dark Eagle sind z.B. aufgrund ihrer kurzen Flugzeiten und der daraus resultierenden minimalen Vorwarnzeiten enorm destabilisierend.[10] Entscheidungen müssen innerhalb von Minuten getroffen werden. Im schlimmsten Fall kann das zu einer „Use them or lose them"-Situation führen, in der der Befehl gegeben wird, die eigenen Atomwaffen abzufeuern, bevor sie von der gegnerischen Seite in einem Erstschlag zerstört werden.

Die Frage der Nuklearfähigkeit der neuen Waffensysteme wird unterschiedlich beantwortet. Das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI spricht allgemein von einer möglichen doppelten Fähigkeit vieler Hyperschallwaffen und einem Paradebeispiel für die konventionell-nukleare Verflechtung. Das Risiko der nuklearen Eskalation ergebe sich durch diese Verstrickung, denn mit den Hyperschallwaffen können die Atomarsenale oder andere wichtige Infrastruktur vernichtet werden. Die Anfälligkeit von Kommando- und Kontrollsystemen würde das Risiko eines unbeabsichtigten Atomkrieges erhöhen.[11] China und Russland haben bei ihrem Gipfeltreffen im Februar 2022 ihre Besorgnis über den Fortschritt der Pläne der USA zur Entwicklung einer globalen Raketenabwehr und zur Stationierung ihrer Elemente in verschiedenen Regionen der Welt geäußert, verbunden mit dem Aufbau eines Potenzials hochpräziser nichtnuklearer Waffen zum Zweck eines Enthauptungsschlages und zur Lösung anderer strategischer Aufgaben.[12]

Der INF-Vertrag 1987-2019

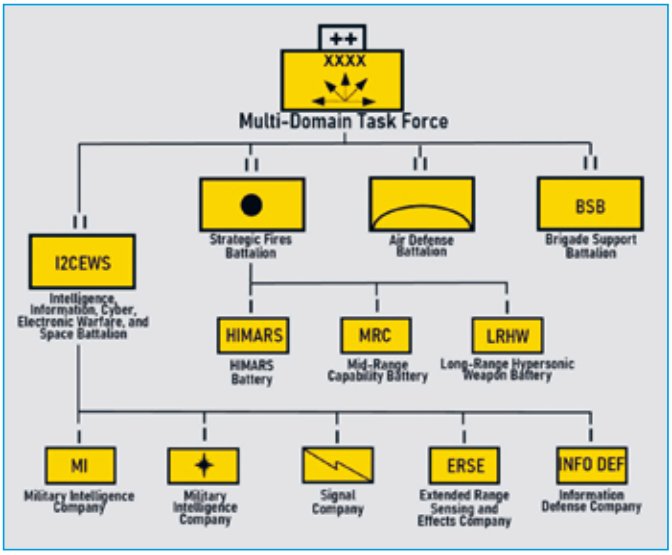
„Ein Atomkrieg kann nicht gewonnen werden und darf niemals geführt werden." Dieser Satz von Michail Gorbatschow und Ronald Reagan, dem damaligen Präsidenten der UdSSR und der USA, stammt aus dem Jahr 1987 beim Abschluss des INF-Vertrags (Intermediate Range Nuclear Forces Treaty), der alle nuklear bestückbaren Mittelstreckenwaffen in Europa abschaffte. Bis Mai 1991 waren die Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles aus Deutschland abgezogen und verschrottet.

2019 haben die USA den Ausstieg aus dem Vertrag erklärt, der dann außer Kraft gesetzt wurde. Nur fünf Jahre nach der Kündigung wird jetzt bekannt gegeben, dass ab 2026 wieder US-Mittelstreckenraketen bei uns stationiert werden, die Ziele weit in Russland treffen könnten.

Deutschland im Fadenkreuz

Die USA werden ihre Mittelstreckenwaffen gemäß der bilateralen Erklärung nur in Deutschland stationieren. Damit wird das Risiko der Stationierung – anders als im NATO-Doppelbeschluss von 1979 – nicht von europäischen Partnern geteilt. So machen diese Waffensysteme Deutschland und die hier lebenden Menschen im Spannungsfall zu einem bevorzugten Angriffsziel.[13]

Die USA haben 2017 mit der Aufstellung von insgesamt fünf „Multi-Domain Task Forces" weltweit begonnen, davon zwei für den indo-pazifischen Raum, eine in Europa und zwei weitere. Grundsätzliche Stationierungspläne für Deutschland sind bereits seit 2021 bekannt und keine Reaktion auf den Ukrainekrieg. Das Hauptquartier der MDTF wurde im September 2021 in der Clay-Kaserne (Wiesbaden) eingerichtet.[14] Es stellt sich die Frage, „ob Deutschland überhaupt ein Mitspracherecht über den Einsatz der hier stationierten Langstreckensysteme haben wird"[15] oder ob es vor allem darum geht, „den USA im Kriegsfall aus Deutschland heraus den Einsatz von Waffensystemen zu ermöglichen […], ohne dass sich die USA selbst gefährden."[16] Letztlich ist die MDTF „ein Strukturelement der US-Armee" und nach Einschätzung des Brigadegenerals a. D. Heinrich Fischer ist die Stationierungsentscheidung „ein klares Signal der USA als Füh-



US Army

„BEISPIELHAFTE STRUKTUR EINER MULTI-DOMAIN TASK FORCE"

10 change.org/p/gegen-die-atomare-bedrohung

11 sipri.org/sites/default/files/2022-04/2204_hgvs_and_hcm_challenges_for_the_mtcr.pdf

12 slub.qucosa.de/api/qucosa%3A78050/attachment/ATT-0/

13 library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/21371.pdf und https://taz.de/Mittelstreckenwaffen-in-Deutschland/!6020300/

14 library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/21371.pdf

15 sueddeutsche.de/meinung/ruestungskontrolle-inf-vertrag-us-langstreckenraketen-russland-ruediger-luedeking-kommentar-lux.5iBd2aiyr7VT5DBnuHBYti

16 berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/geopolitik/erich-vad-zur-stationierung-von-us-mittelstreckenraketen-nuklearkrieg-in-europa-li.2250586

rungsmacht“.[17] Ein weiterer Unterschied zum NATO-Doppelbeschluss von 1979 ist, dass die aktuelle, bilaterale Erklärung kein Verhandlungsangebot über Rüstungskontrollmaßnahmen oder einen Abrüstungsvertrag enthält.

Einbeziehung des Bundestages

Der Bundestag wurde erst zehn Tage nach der Ankündigung des Kanzlers über die Stationierung informiert. In Reaktion auf die Kritik, dass die Entscheidung von der Bundesregierung alleine – ohne weitere Einbindung der legislativen Gewalt – getroffen wurde, veröffentlichten die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages eine Kurzinformation.[18] Rechtlich gäbe es demnach den Präzedenzfall 1984: Damals hatte das Bundesverfassungsgericht die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland auf Grundlage des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 für rechtens gehalten. Nicht berücksichtigt wird jedoch, dass die jetzige Vereinbarung bilateral zwischen den USA und Deutschland getroffen wurde.

Zu den politischen Konsequenzen einer solchen weitreichenden Entscheidung ohne Bundestagsmandat verlieren die Dienste kein Wort. Mehrere Bundestagsabgeordnete forderten eine Debatte im Parlament, darunter auch SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich und der ehemalige SPD-Vorsitzende Norbert Walter-Borjans. Die Fraktion „Die Linke“ fordert in einem Antrag, die Stationierung der Mittelstreckenraketen im Bundestag zu debattieren. Laut einer Umfrage im Juli 2024 lehnen 49 Prozent der befragten Bundesbürger*innen eine Stationierung der US-Raketen ab, 45 Prozent sind dafür.[19]

Europäische Abstandswaffen

In der „Nationalen Sicherheitsstrategie 2023“ hat die Bundesregierung „die Entwicklung und Einführung von Zukunftsfähigkeiten wie abstandsfähigen Präzisionswaffen“ angekündigt. Dabei muss die Gleichsetzung mit den NATO-Interessen berücksichtigt werden: „Bündnis- und Landesverteidigung sind eins“ lautet der Standpunkt der Bundesregierung.

Im Juni 2024 haben Deutschland, Frankreich und Polen bei einem Treffen der Verteidigungsminister in Paris eine europäische Initiative zur Entwicklung weitreichender Waffen vereinbart (ELSA: European Long Range Strike Approach). Eine entsprechende Absichtserklärung wurde dann am Rande des NATO-Gipfels am 11. Juli 2024 unterzeichnet, als vierte Nation war Italien dabei. Im Anschluss erklärten Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius, die Stationierung der US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland wäre nur eine „Übergangslösung“, bis die Europäer eigene entsprechende Waffen entwickelt hätten.[20]

Von einer Übergangsmaßnahme ist allerdings in der bilateralen Erklärung der USA und Deutschlands nicht die Rede. Vielmehr besteht die „Planung zu deren künftiger dauerhafter Stationierung“.

All dies geschieht vor dem Hintergrund des Ukrainekrieges, der die Gefahr eines Atomkrieges in Europa bereits erhöht.

17 esut.de/2024/07/allgemein/51906/us-marschflugkoerper-zu-rueck-in-deutschland-die-usa-beabsichtigen-eine-stationierung-ab-2026

18 bundestag.de/resource/blob/1014640/07c7b25fe08f0145d5e-3ba265ba938dc/WD-2-047-24-pdf.pdf

19 n-tv.de/politik/Knappe-Mehrheit-ist-gegen-neue-US-Raketen-in-Deutschland-article25122507.html

20 spiegel.de/politik/deutschland/so-begruendet-die-bundesregierung-die-stationierung-von-us-marschflugkoerpern-a-6802b3ed-5a4a-4c8a-86f1-08b23997ff20

Die IPPNW fordert:

- einen Verzicht auf die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland sowie eine Initiative für einen Nachfolgevertrag zum INF-Vertrag, um den Rüstungswettlauf bei weitreichenden Waffensystemen zu stoppen.
- einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen für die Ukraine.
- ein Verbot des Ersteinsatzes von Atomwaffen.
- die Beendigung der nuklearen Teilhabe und den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag.

IMPRESSUM

IPPNW – Deutsche Sektion der Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V. · Frankfurter Allee 3, 10247 Berlin · www.ippnw.de
Spenden: IPPNW e.V. · GLS Bank · IBAN: DE23 4306 0967 1159 3251 01 · BIC: GENODEM1GLS

© IPPNW e.V., September 2024, V.i.S.d.P.: Dr. Angelika Claußen, kontakt@ippnw.de
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur mit Genehmigung möglich.

Flyer bestellen: **shop.ippnw.de**